

# CDU blockiert zeitnahe, bürgerfreundliche Lösung

Gesetz der Landesregierung zu Straßenausbaubeiträgen kam nicht auf die Tagesordnung

Es sei ihm völlig unverständlich, warum die CDU-Fraktion die Aufnahme des Gesetzentwurfes der Landesregierung zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes auf die Tagesordnung des Landtages am 9. November durch ihr ablehnendes Votum blockiert hat, sagte der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Frank Kuschel. „Damit verhindert sie eine zeitnahe, noch in diesem Jahr zu beschließende bürgerfreundliche Lösung zur Begrenzung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen.“

Dabei sei es gerade die CDU, die die jetzige Situation zu verantworten habe. Im Jahr 2011 habe die CDU-geführte Landesregierung eine Verschärfung des Kommunalabgabengesetzes vorgenommen, welche zur Folge hatte, dass Gemeinden rückwirkend bis zum Jahr 1991 Straßenausbaubeiträge erheben müssen.

Es geht nach Berechnungen der Fraktion DIE LINKE um 200 Millionen Euro. Selbst eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, wonach in Bayern eine rückwirkende Erhebung von zwölf Jahren verfassungswidrig ist, hat die CDU komplett ignoriert. Der jetzt von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf beinhaltet Rege-



Auf die Dringlichkeit der Regelung zu den Straßenausbaubeiträgen hatte die Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben mit einer Mahnwache, auf der auch Frank Kuschel sprach, im September vor dem Landtag aufmerksam gemacht.

lungen, wonach Gemeinden in Thüringen künftig ein Ermessen bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für Maßnahmen erhalten, die vor dem 1. Januar 2006 abgeschlossen wurden. Bedingung dafür ist, dass die Gemeinden leistungsfähig sind und nach dem 1. Januar 2006 keine Bedarfszuweisungen erhalten haben.

„Wir brauchen dieses zeitnahe Einräumen des gesetzlichen Ermessens, da in diesem Jahr noch weit über 100 Gemeinden für abgeschlossene Maßnahmen Beiträge erheben müssen“, betonte der LINKE-Kommunalexperte. Diese Gemeinden sollten jetzt von der

Möglichkeit Gebrauch machen, Festsetzungsbescheid und Zahlungsaufforderung in einem separaten Bescheid vorzunehmen. Auf diese Möglichkeit hatte das Ministerium für Inneres und Kommunales in einem Rundschreiben vom 21. Oktober an die Landratsämter und staatlichen Verwaltungsbehörden hingewiesen. „Damit kann sicher gestellt werden, dass die betroffenen Bürger von der nunmehr von der Landesregierung geplanten Regelung profitieren, auch wenn das Gesetz erst Anfang des Jahres 2017 beschlossen wird“, erläuterte Frank Kuschel.

## Neue Ausstellung zeigt „Synagogen in Thüringen und Europa“

„Synagogen in Thüringen und Europa“, so der Titel der neuen Ausstellung in der Flurgalerie der Linksfraktion im Thüringer Landtag (4. Etage des Fraktionsgebäudes), die noch bis zum 2. Dezember zu sehen ist.

Zur Eröffnung am 8. November im Beisein des Künstlers Michail Balan (im Foto r.) hatte Dirk Möller, Geschäftsführer der Fraktion, an die Novemberpogrome 1938 erinnert, bei denen die Nazis 2.676 Synagogen und jüdische Gemeindehäuser zerstört hatten. Viele von ihnen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder aufgebaut. In Thüringen gibt es drei Synagogen: Die Neue Synagoge in Erfurt, die Synagoge in Berkach (Landkreis Schmalkalden-Meiningen) und in Mühlhausen. Umso beeindruckender, wie Michail Balan, der sich mehr und mehr auf seine jüdischen Wurzeln besonnen hatte, zahlreiche Synagogen in seinen Bildern wieder auferstehen ließ. Die Ausstellung zeigt eine Auswahl von 33 Synagogen, darunter zahlreiche aus Thüringen, gemalt hauptsächlich nach Postkarten, Fotos oder Zeitungsausschnitten.

Dirk Möller hatte bei der feierlichen Ausstellungseröffnung auf den Lebensweg des 1942 geborenen Künstlers verwiesen. Er hatte ein Kunststudi-



um in Kinschinjow, heute Hauptstadt von Moldawien, und ein Fernstudium an der Volksuniversität der Künste in Moskau absolviert. Zudem ist er Absolvent der Kunstuniversität von Tiraspol. 1999 übersiedelte er nach Deutschland und kam im Jahr 2004 nach Erfurt. Hier fand er im russisch-deutschen Kunstverein und eben auch in der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen neu zu seinen Wurzeln.

Wie es ihm über Jahrzehnte hinweg wichtig war, immer wieder die Schönheit der Landschaft seiner Heimat mit künstlerischen Mitteln sichtbar zu machen, führte ihn in Erfurt die Spurensuche zu den Synagogen.

Foto: Peter Lahn

## Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

### Hansi, der Schwätzer

Mittlerweile, so heißt es in einem Leserbrief in der TA, „nutzt der Landrat des Weimarer Landes eine Doppelseite des Amtsblattes für seine Polemiken gegen die Landesregierung“.

Kritik am Missbrauch des Amtsblattes durch Hans-Helmut Münchberg gab es genug (darunter eine parlamentarische Anfrage an die vorige Landesregierung). Geändert hat sich nichts. Münchberg, starrsinnig, selbstverliebt und zwanghaft anmutender Propagandist, nimmt den Landkreis mittels flächendeckend verteiltem Amtsblatt in Geiselhaft für seine politischen Ansichten. Was er verbreitet, ist rechtspopulistische Bekehrungsliteratur, oft mit demagogischem Einschlag. Inzwischen drückt er den Menschen drei umfangreiche eigene Beiträge in einer Ausgabe aufs Auge. Das Amtsblatt ist zur „Münchberg-Prawda“ verkommen.

Wieso hat der selbsternannte Musensohn die Zeit dafür? Er hat sie nicht. Während Münchberg jeden Furz, der ihm im Kopf schwirrt, im Amtsblatt auswalzt, bleiben wichtige Aufgaben unerledigt.

Der Ortsteilrat von Lotschen (Blankenhain) informiert über den unzumutbaren Zustand der Kreisstraße 308. Im vergangenen Jahr wurde durch den Kreis während einer Einwohnerversammlung Verbesserung zugesagt, im Haushalt 2016 sind Planungsmittel eingestellt. Jetzt hat die Kreisverwaltung mitgeteilt, die Sanierung sei auf 2020 verschoben. In Bad Berka ist seit Jahren der Ersatzneubau einer Grundschule nötig (Schulträger ist der Kreis). Kommunalabgeordnete bekommen auf einen Brief an Münchberg mit Fragen nach dem Vorbereitungsstand auch nach Monaten keine Antwort.

Münchberg erhält als Landrat Bezüge aus öffentlichen Kassen. Und das, um als Leiter der Kreisverwaltung seine Arbeit zu machen – und nicht als „Hansi, der Amtsblatt-Schwätzer“.

## IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

### Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

### Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.